

28.06.2017

Kleine Anfrage 21

der Abgeordneten Martin Börschel und Markus Herbert Weske SPD

„Unfaire Konkurrenz durch öffentliche Unternehmen“ – Wird die schwarz-gelbe Landesregierung die Anteile an den Messen Düsseldorf und Köln privatisieren?

In dem am 26. Juni 2017 von CDU und FDP unterschriebenen Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen kündigt Schwarz-Gelb an, sie „werden den Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch öffentliche Unternehmen und den Staat schützen“ und „prüfen das Beteiligungssportfolio des Landes auf Privatisierungsmöglichkeiten“.

Der Anteilsbesitz des Landes an der Messe Düsseldorf GmbH und an der Koelnmesse GmbH beträgt jeweils 20 Prozent. Die Buchwerte der beiden Beteiligungen lagen zum Stichtag 31.12.2015 unter Berücksichtigung des Anschaffungskostenprinzips ohne etwaige stille Reserven an der Messe Düsseldorf GmbH bei 47.425.981,30 Euro und an der Koelnmesse GmbH bei 15.103.717,95 Euro.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien wird die Landesregierung die von CDU und FDP gewünschten Privatisierungsmöglichkeiten bzgl. Messe Düsseldorf GmbH und Koelnmesse GmbH prüfen?
2. Kann die Regierung ausschließen, dass die Landesanteile an der Messe Düsseldorf GmbH und an der Koelnmesse GmbH privatisiert werden?
3. Wird den Miteigentümern ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden?
4. Wird die Regierung im Falle der Veräußerungsabsicht ihrer Gesellschaftsanteile interessierten Bietern der öffentlichen Hand Vorrang vor rein privaten Interessenten einräumen?

Datum des Originals: 27.06.2017/Ausgegeben: 28.06.2017

5. In welcher Höhe erwartet die Landesregierung Einnahmen aus den Veräußerungen der beiden Beteiligungen an der Messe Düsseldorf GmbH und an der Koelnmesse GmbH?

Martin Börschel
Markus Herbert Weske